

SATZUNG

**des Verein für Bewegungsspiele 1905 Köln rrh. e.V. vom
22.02.2019**

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr**
- § 2 Zweck des Vereins, Gemeinnützigkeit, Verbandsmitgliedschaften**
- § 3 Erwerb der Mitgliedschaft**
- § 4 Arten der Mitgliedschaft**
- § 5 Beendigung der Mitgliedschaft**
- § 6 Ausschluss aus dem Verein, Streichung aus der Mitgliederliste**
- § 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder**
- § 8 Mitgliederrechte minderjähriger Vereinsmitglieder**
- § 9 Jugendordnung**
- § 10 Organe des Vereins**
- § 11 Mitgliederversammlung – Zusammensetzung, Einberufung**
- § 12 Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung**
- § 13 Geschäftsführender Vorstand**
- § 14 Gesamtvorstand**
- § 15 Abteilungen**
- § 16 Prüfungswesen**
- § 17 Finanz- und Geschäftswesen**
- § 18 Vergütung der Organmitglieder, Aufwendungsersatz, bezahlte
Mitarbeit**
- § 19 Haftung des Vereins**
- § 20 Datenschutz im Verein**
- § 21 Auflösung**
- § 22 Gültigkeit dieser Satzung**

§ 1

Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen: Verein für Bewegungsspiele 1905 Köln rrh. e.V.
- (2) Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 4827 eingetragen.
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in Köln.
- (4) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck des Vereins, Gemeinnützigkeit, Verbandsmitgliedschaften

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports.
- (2) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:
 - a) entsprechende Organisation eines geordneten Sport-, Spiel-, Übungs- und Kursbetriebes für alle Bereiche, einschließlich des Freizeit- und Breitensports,
 - b) die Durchführung eines leistungsorientierten Trainingsbetriebes,
 - c) die Durchführung von sportspezifischen Vereinsveranstaltungen,
 - d) die Beteiligung an Turnieren und Vorführungen, sportlichen Wettkämpfen,
 - e) die Durchführung von allgemeinen und sportorientierten Jugendveranstaltungen und -maßnahmen,
 - f) Aus-/Weiterbildung und Einsatz von sachgemäß ausgebildeten Übungsleitern, Trainern und Helfern,
 - g) die Beteiligung an Kooperationen, Sport- und Spielgemeinschaften,
 - h) Angebote der Jugendsozialarbeit und der bewegungsorientierten Jugendarbeit
 - i) Erstellung sowie Instandhaltung und Instandsetzung der im Vereinseigentum oder – besitz stehenden Immobilien und Gegenstände,
 - j) Angebote des Präventions- und Gesundheitssports .
- (3) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (5) Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.
- (6) Der Verein ist Mitglied
 - a) im Deutscher Turner Bund e.V.,
 - b) im Fußballverband Mittelrhein,
 - c) im Westdeutscher Fußballverband.,
 - d) im Deutscher Fußballbund,
 - e) im Kölner Sportförderverein

- f) im Landessportbund NRW
- g) im Rheinischer Turnerbund
- h) im Sporthilfe e.V.
- i) Stadtbezirkssportverband Innenstadt
- j) Stadtsportbund Köln
- k) Turnverband Köln

(7) Der Verein erkennt die Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der Sportfachverbände sowie des Kreissportbundes nach Abs. 5 als verbindlich an.

(8) Um die Durchführung der Vereinsaufgaben zu ermöglichen, kann der Gesamtvorstand den Eintritt in Sportfachverbände und den Austritt aus Sportfachverbänden beschließen.

§ 3

Erwerb der Mitgliedschaft

- 1) Mitglied des Vereins können natürliche und juristische Personen werden.
- 2) Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Es ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag an den Verein zu richten. Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilzunehmen.
- 3) Der Aufnahmeantrag eines Minderjährigen bedarf der schriftlichen Einwilligung der gesetzlichen Vertreter. Mit der Einwilligung wird die Zustimmung zur Wahrnehmung der Mitgliederrechte und –pflichten durch das minderjährige Mitglied erteilt. Die gesetzlichen Vertreter der minderjährigen Vereinsmitglieder verpflichten sich mit der Unterzeichnung des Aufnahmegesuchs für die Beitragspflichten des Minderjährigen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres persönlich gegenüber dem Verein zu haften.
- 4) Über die Aufnahme entscheidet der Gesamtvorstand durch Beschluss mit einfacher Mehrheit. Die Entscheidung kann auf ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes übertragen werden. Der Gesamtvorstand ist zeitnah über Aus- und Eintritte zu informieren. Mit der Abgabe des unterzeichneten Aufnahmeantrags erkennt das Mitglied die Vereinssatzung und die Ordnungen des Vereins und der Sportfachverbände in der jeweils gültigen Fassung an.
- 5) Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Die Ablehnung der Aufnahme muss nicht begründet werden. Ein Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Aufnahme besteht nicht.

§ 4

Arten der Mitgliedschaft

- 1) Der Verein besteht aus:
 - aktiven Mitgliedern,
 - inaktiven Mitgliedern
 - außerordentlichen Mitgliedern,
 - Ehrenmitgliedern, Ehrengesamten

- Kursmitglieder

2) Aktive Mitglieder sind Mitglieder, die sämtliche Angebote des Vereins/der Abteilung, der sie angehören, im Rahmen der bestehenden Ordnungen nutzen können und/oder am Spiel- bzw. Wettkampfbetrieb teilnehmen können.

3) Für inaktive Mitglieder steht die Förderung des Vereins oder bestimmter Vereinsabteilungen im Vordergrund. Sie nutzen die sportlichen Angebote des Vereins nicht.

4) Außerordentliche Mitglieder sind juristische Personen.

5) Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende sind von der Beitragspflicht befreit. Ihnen steht ein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung zu. Sie werden per Beschluss mit einfacher Mehrheit der Mitgliederversammlung ernannt. Näheres kann in einer Ehrungsordnung festgelegt werden.

6) Kursmitglieder sind eingeschränkte Mitglieder, die ausschließlich am Kursangebot teilnehmen.

§ 5

Beendigung der Mitgliedschaft

1) Die Mitgliedschaft endet

- durch Austritt aus dem Verein (Kündigung);
- durch Ausschluss aus dem Verein (§ 6);
- durch Streichung aus der Mitgliederliste;
- durch Tod;
- durch Erlöschen der Rechtsfähigkeit bei juristischen Personen (außerordentlichen Mitgliedern).

2) Der Austritt aus dem Verein (Kündigung) erfolgt durch schriftliche Erklärung (Brief, Mail) an die Geschäftsadresse des Vereins. Der Austritt kann zum Ende eines Monats, jedoch nicht rückwirkend, erklärt werden.

3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten, bleiben hiervon unberührt.

Vereinseigene Gegenstände sind dem Verein herauszugeben oder wertmäßig abzugelten. Dem austretenden Mitglied steht kein Anspruch auf Rückzahlung überzahlter Beiträge zu.

§ 6

Ausschluss aus dem Verein, Streichung aus der Mitgliederliste

1) Ein Ausschluss kann erfolgen, wenn ein Mitglied

- grobe Verstöße gegen die Satzung und Ordnungen begeht;
- in grober Weise den Interessen des Vereins und seiner Ziele zuwiderhandelt;
- sich grob unsportlich verhält;
- dem Verein oder dem Ansehen des Vereins durch unehrenhaftes Verhalten, insbesondere durch Mitteilung extremistischer Gesinnung oder durch Verstoß gegen

die Grundsätze des Kinder- und Jugendschutzes, schadet.

- 2) Über den Ausschluss entscheidet der Gesamtvorstand auf Antrag. Zur Antragstellung ist jedes Mitglied des Gesamtvorstandes berechtigt.
- 3) Der Antrag auf Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied samt Begründung zuzuleiten. Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von drei Wochen zu dem Antrag auf Ausschluss Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist ist vom Gesamtvorstand unter Berücksichtigung einer zugegangenen Stellungnahme des betroffenen Mitglieds über den Antrag zu entscheiden.
- 4) Der Gesamtvorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit.
- 5) Der Ausschließungsbeschluss wird mit Bekanntgabe an das betroffene Mitglied wirksam.
- 6) Der Beschluss ist dem Mitglied schriftlich mit Gründen mittels eingeschriebenem Brief mitzuteilen.
- 7) Dem betroffenen Mitglied steht gegen den Ausschluss kein Beschwerderecht zu. Der Weg zu den ordentlichen Gerichten bleibt unberührt.
- 8) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Gesamtvorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz schriftlicher Mahnung mit der Zahlung von Zahlungsverpflichtungen (Beiträge, Umlagen, Gebühren etc.) in Verzug ist. Der Vorstand kann bei einem mehrmonatigen Zahlungsrückstand den Ausschluss des Mitgliedes beschließen.

§ 7

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 1) Die Mitglieder haben das Recht, die Einrichtungen der Vereinsabteilungen, denen sie angehören nach Absprache mit dem Vorstand, zu nutzen. Weiterhin haben sie das Recht, an den Veranstaltungen des Vereins bzw. der Abteilungen teilzunehmen sowie bei der Willensbildung und Selbstverwaltung der Abteilungen und des Vereins mitzuwirken.
- 2) Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Regelungen dieser Satzung sowie der Vereinsordnungen zu beachten, einzuhalten und insbesondere den Anweisungen und Entscheidungen der Vereinsorgane, Mitarbeiter*innen und Übungsleiter*innen Folge zu leisten.
- 3) Die Mitglieder sind verpflichtet Beiträge zu zahlen. Es können zusätzlich Aufnahmegebühren, Umlagen, Gebühren für besondere Leistungen des Vereins sowie abteilungsspezifische Beiträge erhoben werden.
- 4) Über die Höhe und Fälligkeit sämtlicher Beiträge, Gebühren und Umlagen entscheidet der Gesamtvorstand durch Beschluss. Umlagen können bis zur Höhe des Zweifachen des jährlichen Mitgliedsbeitrages festgesetzt werden. Der Gesamtvorstand kann durch Beschluss Familienbeiträge/Haushaltsbeiträge festsetzen. Der Familienbeitrag umfasst die Beitragsverpflichtung einer Familie/eines

Haushaltes mit Kindern. Kinder werden mit Vollendung des 18. Lebensjahres als erwachsene Mitglieder beitragsmäßig veranlagt. Beschlüsse über Beitragsfestsetzungen und Umlagen sind den Mitgliedern bekannt zu geben und bedürfen der Zustimmung der des geschäftsführenden Vorstandes.

5) Das Mitglied ist verpflichtet, dem Verein Änderungen der Bankverbindung, der Anschrift sowie der Mailadresse mitzuteilen.

6) Mitglieder, die nicht am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilnehmen, tragen den erhöhten Verwaltungsaufwand des Vereins durch eine Bearbeitungsgebühr die der Gesamtvorstand durch Beschluss festsetzt.

7) Von Mitgliedern, die dem Verein eine Einzugsermächtigung erteilt haben, wird der Beitrag zum Fälligkeitstermin eingezogen.

8) Kann der Bankeinzug aus Gründen, die das Mitglied zu vertreten hat, nicht erfolgen, sind dadurch entstehende Bankgebühren durch das Mitglied zu tragen.

9) Wenn der Beitrag im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht beim Verein eingegangen ist, befindet sich das Mitglied ohne weitere Mahnung in Zahlungsverzug.

10) Fällige Beitragsforderungen können vom Verein außergerichtlich und gerichtlich geltend gemacht werden. Die entstehenden Kosten hat das Mitglied zu tragen.

11) Der Gesamtvorstand kann in begründeten Einzelfällen Beitragsleistungen oder –pflichten ganz oder teilweise erlassen oder stunden bzw. Mitgliedern die Teilnahme am SEPA- Lastschriftverfahren erlassen.

12) Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende sind beitragsfrei.

§ 8

Mitgliederrechte minderjähriger Vereinsmitglieder

1) Kinder bis zum vollendeten 7. Lebensjahr und andere Personen, die als geschäftsunfähig im Sinne der Regelungen des BGB gelten, können ihre Antrags- und Rederechte in der Mitgliederversammlung nicht persönlich, sondern nur durch die gesetzlichen Vertreter ausüben. Alle weiteren Mitgliedsrechte, insbesondere die Nutzung der sportlichen Vereinsangebote, können diese Mitglieder persönlich ausüben.

2) Minderjährige Mitglieder zwischen dem 7. und dem vollendeten 18. Lebensjahr üben ihre Mitgliedsrechte im Verein persönlich aus. Ihre gesetzlichen Vertreter sind von der Wahrnehmung ausgeschlossen.

3) Mitglieder bis zum vollendeten 16. Lebensjahr sind vom Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ausgeschlossen. Das Stimmrecht kann jedoch in der Jugendversammlung/im Vereinsjugendtag im vollen Umfang ausgeübt werden.

§ 9

Jugendordnung

- 1) Dem Verein ist eine Jugendabteilung angeschlossen. Die Jugendabteilung besteht aus den bis 18 Jahre alten Jugendlichen des Vereins und den im Jugendbereich tätigen gewählten oder berufenen Mitarbeitern. Sie untersteht dem Vereinsjugendausschuss, der von den jugendlichen Mitgliedern und den im Jugendbereich tätigen gewählten oder berufenen Mitarbeitern gewählt wird und der Bestätigung durch den Gesamtvorstand bedarf.
- 2) Die Jugendabteilung führt und verwaltet sich selbständig. Sie muss bestrebt sein, die erforderlichen finanziellen Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben auch durch Mitgliederbeiträge aufzubringen. Die Höhe der Beiträge bedarf der Zustimmung des geschäftsführenden Vorstandes.
- 3) Die Jugendabteilung entscheidet selbständig über die Verwaltung und Verwendung der ihr zufließenden Mittel unter Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit des Vereins. Sie muss ihren Haushaltsplan und ihren Jahresabschluss dem Gesamtvorstand des Vereins vorlegen. Der Vorsitzende des Vereinsjugendausschusses ist Mitglied des Gesamtvorstandes. Der/die Vereinsvorsitzende hat Sitz und Stimme im Vereinsjugendausschuss.
- 4) Die Tätigkeit der Jugendabteilung wird durch eine Jugendordnung geregelt. Die Jugendordnung darf den Vorgaben dieser Satzung nicht widersprechen. Im Zweifelsfall gelten die Regelungen dieser Satzung.

§ 10

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der geschäftsführende Vorstand,
- c) der Gesamtvorstand

§ 11

Mitgliederversammlung - Zusammensetzung, Einberufung

1. Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung.
2. Die Mitgliederversammlung ist von dem/der 1. Vorsitzenden, im Verhinderungsfall von dem /der 2. Vorsitzenden, alle 2 Jahre abzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt finden auch Wahlen statt. Der Vorstand kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn mindestens 1/3 der stimmberechtigten Mitglieder dies verlangt.
3. Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt in der Weise, dass Ort, Termin und Tagesordnung durch vierzehntägigen öffentlichen Aushang in den Sportstätten des Vereins und im Vereinslokal bekannt gegeben werden. Außerdem werden die Mitglieder

durch Handzettel und auf der Internet Seite des Vereins unter Beifügung der Tagesordnung auf die stattfindende Versammlung hingewiesen.

4. Anträge für die Mitgliederanträge müssen spätestens acht Tage vorher beim Vorstand eingegangen sein. Anträge die nicht auf der Tagesordnung stehen, können als Dringlichkeitsanträge auf der Mitgliederversammlung gestellt werden. Allerdings muss die Versammlung über die Dringlichkeit mit 2/3 Mehrheit abstimmen.

5. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit. Zu Satzungsänderungen ist eine 3/4 Mehrheit der erschienenen Mitglieder erforderlich. Eine Satzungsänderung kann nur beschlossen werden, wenn sie in der Tagesordnung angekündigt worden ist.

6. Wahlen können durch Akklamation erfolgen, wenn kein anwesendes Mitglied dem widerspricht.

7. Das Versammlungsprotokoll ist vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterschreiben.

Es muss enthalten:

- Ort und Zeit der Versammlung;
- Name des Versammlungsleiters und des Protokollführers;
- Zahl der erschienenen Mitglieder
- Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit;
- die Tagesordnung;
- die gestellten Anträge, das Abstimmungsergebnis mit der Feststellung, ob zugestimmt oder nicht zugestimmt wurde;
- die Art der Abstimmung;
- Satzungs- und Zweckänderungsanträge in vollem Wortlaut;
- Beschlüsse in vollem Wortlaut.

§ 12

Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist unter anderem für folgende Vereinsangelegenheiten zuständig:

1. Entgegennahme der Berichte des Gesamtvorstandes (Geschäftsbericht, Abteilungsberichte)
2. Entgegennahme der Haushaltsplanung durch den Gesamtvorstand,
3. Entgegennahme der Jahresrechnung durch den Kassenwart,
4. Entgegennahme des Kassenprüfberichtes,
5. Entlastung des Gesamtvorstandes,
6. Wahl und Abberufung der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sowie des stellv. Geschäftsführers und des stellv. Kassenwarts,
7. Wahl der Kassenprüfer,
8. Änderung der Satzung und Beschlussfassung über Auflösung oder Fusion des Vereins,
9. Bildung und Aufhebung von Abteilungen,
10. Ernennung von Ehrenmitgliedern und Ehrenvorsitzenden,
11. Erlass von Ordnungen, die für den Gesamtverein gelten (unter anderem Ehrungsordnung Geschäftsordnung, Beitragsordnung)

§ 13

Geschäftsführender Vorstand

Der geschäftsführende Vorstand gem. § 26 BGB (Vorstand) besteht aus:

- 1)
- a) dem Vorsitzenden,
- b) dem stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) dem Geschäftsführer,
- d) dem Kassenwart,

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes gemeinschaftlich vertreten. Die Bestellung der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes erfolgt durch Wahl auf der Mitgliederversammlung. Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl erfolgt einzeln.

2) Aufgabe des geschäftsführenden Vorstandes ist die Leitung und Geschäftsführung des Vereins. Er ist für alle Aufgaben zuständig, die nicht durch die Satzung oder Ordnung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

Der geschäftsführende Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben und eine Aufgabenverteilung für die einzelnen Mitglieder vornehmen.

3) Der geschäftsführende Vorstand kann Ausschüsse und Arbeitskreise bilden.

4) Der geschäftsführende Vorstand kann Vereinsbeiträge und –umlagen festsetzen.

5) Personalunion zwischen den einzelnen Ämtern des geschäftsführenden Vorstandes ist unzulässig.

6) Der geschäftsführende Vorstand bleibt auch nach Ablauf der Amtszeit im Amt, bis ein neuer geschäftsführender Vorstand gewählt ist.

7) Abwesende können gewählt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zur Wahl des Amtes vorher schriftlich erklärt haben und die schriftliche Erklärung in der Mitgliederversammlung vorliegt.

Scheidet ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes während der laufenden Amtszeit vorzeitig aus, so kann der Gesamtvorstand für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen durch Beschluss einen Nachfolger bestimmen.

8) Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes haben in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes je eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden. Sitzungen werden durch den Geschäftsführer in Absprache mit dem 1. Vorsitzenden einberufen. Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Der geschäftsführende Vorstand kann Beschlüsse im Umlaufverfahren per Mail fassen, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder an der Beschlussfassung per Mail mitwirken. Per Mail gefasste Beschlüsse sind auszudrucken und zu archivieren.

9) Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes sind zu protokollieren.

§ 14

Gesamtvorstand

- 1) Der Gesamtvorstand besteht aus
 - a) den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes,
 - b) dem stellvertretenden Geschäftsführer und dem stellvertretenden Kassenwart,
 - c) den Abteilungsleitern,
 - d) dem Vorsitzenden des Vereinsjugendausschusses.

- 2) Aufgaben des Gesamtvorstandes sind insbesondere:
 - a) die Aufstellung des Haushaltsentwurfs und eventueller Nachträge,
 - b) die Vorlage von Jahresberichten für die Mitgliederversammlung,
 - c) Kommissarische Bestellung von ausgeschiedenen Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes,
 - d) Beschlussfassung über Gebühren für besondere Leistungen gem. § 7.
 - e) Bestätigung der von den Abteilungen gewählten Abteilungsleiter und des Jugendausschussvorsitzenden,
 - f) Genehmigung von Abteilungsordnungen und der Jugendordnung
 - g) Entscheidung über die Mitgliedschaft in Sportfachverbänden und sonstigen Organisationen

- 3) Die Mitglieder des Gesamtvorstandes haben in der Sitzung des Gesamtvorstandes je eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden. Sitzungen werden durch den Geschäftsführer im Benehmen mit dem 1. Vorsitzenden einberufen. Der Gesamtvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesamtvorstandsmitglieder anwesend ist.

- 4) Der Gesamtvorstand trifft in der Regel alle 2 Monate zusammen. Der Gesamtvorstand kann sich durch Beschluss eine Geschäftsordnung geben.

- 5) Geschäftsführender Vorstand und Gesamtvorstand können gemeinsam tagen.

§ 15

Abteilungen

- 1) Innerhalb des Vereins können neben der Jugendabteilung für die verschiedenen Sportarten und Sportangebote gesonderte Abteilungen eingerichtet werden. Die Abteilungen sind rechtlich unselbständige Untergliederungen des Vereins. Die Mitgliederversammlung kann die Gründung und Aufhebung von Abteilungen beschließen.

- 2) Jede Abteilung wählt für die Dauer von zwei Jahren eine Abteilungsleitung. Der Gesamtvorstand bestätigt die Abteilungsleitungen durch Beschluss. Die Bestätigung kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Die Mitglieder der Abteilung müssen dann erneut eine/n Abteilungsleiter*in wählen.
Die Abteilungsleiter*innen sind Mitglieder des Gesamtvorstandes.

- 3) Der Gesamtvorstand kann die Abteilungsleitungen durch Beschluss abberufen. Die betroffene Abteilungsleitung ist vorher anzuhören.

- 4) Die Mitgliederversammlung ist über die Wahl und Abberufung von Abteilungsleitungen zu informieren.
- 5) Die Abteilungen können sich eine Abteilungsordnung geben. Die Abteilungsordnung bedarf der Genehmigung des Gesamtvorstandes.
- 6) Die Bestimmungen des § 15 gelten sinngemäß für die Jugendabteilung.
- 7) Die Abteilungsordnungen und die Jugendordnung sind nicht Bestandteil der Vereinssatzung.

§ 16 **Prüfungswesen**

- 1) Die Mitgliederversammlung wählt mindestens zwei Kassenprüfer, die nicht dem geschäftsführenden Vorstand oder dem Gesamtvorstand angehören dürfen.
- 2) Die Amtszeit der Kassenprüfer beträgt 2 Jahre. Die Wiederwahl für eine weitere Amtszeit ist zulässig. Die Mitgliederversammlung kann zusätzlich qualifizierte Dritte mit der Prüfung der Ordnungsgemäßheit der Geschäftsführung durch den Gesamtvorstand beauftragen.
- 3) Die Kassenprüfer prüfen einmal jährlich die gesamte Vereinskasse einschließlich der Abteilungskassen mit allen Konten, Buchungsunterlagen und Belegen und erstatten der Mitgliederversammlung darüber einen schriftlichen Bericht. Die Kassenprüfer sind zur umfassenden Prüfung aller Kassen und aller Unterlagen in sachlicher und rechnerischer Hinsicht berechtigt. Sie sind zur gewissenhaften und unparteiischen Prüfung und zur Verschwiegenheit verpflichtet.
Die Kassenprüfer unterbreiten der Mitgliederversammlung einen Vorschlag für die Entlastung des Gesamtvorstandes.

§ 17 **Finanz- und Geschäftswesen**

- 1) Bei der Geschäfts- und Kassenführung sind die gesetzlichen Vorschriften zu beachten.
- 2) Der Kassenwart erstellt in Abstimmung mit dem geschäftsführenden Vorstand einen für alle Abteilungen verbindlichen Kontenplan. Bis zum 10. Tag nach Quartalsende ist dem Kassenwart ein Vierteljahresbericht über die Einnahmen und Ausgaben der jeweiligen Abteilung vorzulegen. Zur Dokumentation sind dem Vierteljahresbericht die Belege beizufügen. Der Kassenwart hat das Recht, zu jeder Zeit Einsichtnahme in alle Buchungsunterlagen zu nehmen.
Die Abteilungen des Vereins führen und verwalten sich unter Beachtung der Gemeinnützigkeit selbständig. Sie sind verpflichtet, neben den ihnen vom Hauptverein zufließenden Mitteln unter Beachtung der Gemeinnützigkeit die erforderlichen Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben aufzubringen.
Die Abteilungen entscheiden unter Beachtung der Gemeinnützigkeit des Vereins

selbständig über die Verwaltung und Verwendung ihrer finanziellen Mittel. Sie müssen ihre Jahresrechnung für das abgelaufene Jahr und den Haushaltsplan für das laufende Jahr bis spätestens zum 31. Januar dem Kassenwart zur Berücksichtigung im Vereinshaushaltsplan bzw. in der Vereinsjahresrechnung vorlegen.

§ 18

Vergütung der Organmitglieder, Aufwendungsersatz, bezahlte Mitarbeit

- 1) Die Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt.
- 2) Der geschäftsführende Vorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, dass Vereins- und Organämter entgeltlich auf der Grundlage eines Dienst- oder Arbeitsvertrages oder gegen Zahlung einer pauschalen Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. Für die Entscheidung über Vertragsbeginn, Vertragsinhalte und Vertragsende ist der geschäftsführende Vorstand zuständig. Der geschäftsführende Vorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage Aufträge über Tätigkeiten für den Verein gegen eine angemessene Vergütung oder Honorierung an Dritte vergeben.
- 3) Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben und zur Führung der Geschäftsstelle ist der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage einen Geschäftsstellenleiter und/oder Mitarbeiter für die Verwaltung einzustellen. Im Weiteren ist der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke Verträge mit Übungsleitern/Trainern abzuschließen.
Das arbeitsrechtliche Direktionsrecht hat der 1. Vorsitzende.
- 4) Im Übrigen haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die Ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Die Mitglieder und Mitarbeiter haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten.
- 5) Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendung mit prüffähigen Belegen und Aufstellungen nachgewiesen werden.
- 6) Einzelheiten kann eine Finanzordnung regeln.

§ 19

Haftung des Vereins

- 1) Ehrenamtlich Tätige und Organ- oder Amtsträger, deren Vergütung die maximale Ehrenamtler-Aufwandspauschale im Jahr nicht übersteigt, haften für Schäden gegenüber den Mitgliedern und gegenüber dem Verein, die sie in Erfüllung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit verursachen, nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

2) Der Verein haftet gegenüber den Mitgliedern im Innenverhältnis nicht für fahrlässig verursachte Schäden, die Mitglieder bei der Ausübung des Sports, bei Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen des Vereins oder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden nicht durch Versicherungen des Vereins abgedeckt sind.

§ 20

Datenschutz im Verein

1) Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein genutzt, gespeichert, übermittelt und verändert.

2) Jedes Vereinsmitglied hat das Recht auf:

- a) Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten;
- b) Berichtigung über die zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sie unrichtig sind;
- c) Sperrung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sich bei behaupteten Fehlern weder deren Richtigkeit noch deren Unrichtigkeit feststellen lässt;
- d) Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn die Speicherung unzulässig war.

3) Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen zur Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

4) Zur Wahrnehmung der Aufgaben und Pflichten nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) bestellt der geschäftsführende Vorstand einen Datenschutzbeauftragten für die Dauer von zwei Jahren, falls dies nach dem BDSG erforderlich ist.

§ 21

Auflösung

1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das nach Erfüllung der Verpflichtungen noch vorhandene Vereinsvermögen an die Stadt Köln, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige sportliche Zwecke im Stadtteil des aufgelösten Vereins zu verwenden hat.

3) Im Falle einer Fusion mit einem anderen Verein fällt das Vermögen nach Vereinsauflösung an den neu entstehenden steuerbegünstigten Fusionsverein bzw. den aufnehmenden steuerbegünstigten Verein, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 22

Gültigkeit dieser Satzung

- 1) Diese Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am ..28.06.2019 beschlossen.
- 2) Diese Satzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.
- 3) Alle bisherigen Satzungen treten zu diesem Zeitpunkt damit außer Kraft.

Köln, den ..28.06.2019.....